

Provocabo 3

*Kontroverse Beiträge
zu
Klimawandel,
Corona-Pandemie
und
gesellschaftspolitischen
Fragen*

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Gesellschaftspolitische Irrfahrt	9
Moralische Autorität befähigt nicht, Moralapostel zu sein...	12
Glaube ist in erster Linie Privatsache!	16
Respekt vor den Soldaten, Kritik an der Armee!	20
Wahrhaftigkeit oder Spiel?	24
Falschverstandenes Selbstbewusstsein	28
Christlicher Tacheles	31
Kaputte Menschen helfen niemandem!	34
Menschenrechtspolitische Abwege...	37
Eine Notlage ist kein Normalzustand!	40
Ein Hörgerät für die Bundesregierung!	43

Verlockungen widerstehen!	46
Klimaschutz unter dem Segen...	49
Verpasster Systemwechsel...	53
Westliche Kurzsichtigkeit	56
Eine getriebene Generation...	59
Missbrauchtes Andenken...	62
Konstrukteursfehler...	65
Bekenntnis ja, Mission nein!	68
Systembarrieren überwinden, politische Brückenschläge suchen!	72
Zapfenstreich für Kriegseinsätze!	75
Wenn der Staat zum Verbrecher wird...	79
Der Sozialismus ist konservativer, als man denkt...	84
Bibliografische Angaben	87

Vorwort

Liebe Leser,

auch die zweite Ausgabe des Buches „Povocabo!“ hat sehr viel Interesse gefunden und zu zahlreichen positiven Rückmeldungen geführt. Verbunden oft mit dem Wunsch, dass diese Reihe fortgesetzt wird und auf dem aktuellen Stand bleibt.

Insofern lege ich Ihnen heute den dritten Titel mit einer Auswahl an Texten aus meiner Feder, die im Jahr 2021 zusammengekommen sind und sich vor allem mit den Themen Klimaschutz, Corona und gesellschaftspolitischen Fragen beschäftigen und gerne kontrovers von Ihnen diskutiert werden dürfen!

Kommen Sie per Mail mit mir in Kontakt:
Riehle@Riehle-Dennis.de.

Herzliche Grüße
Dennis Riehle

Gesellschaftspolitische Irrfahrt

*Zum Koalitionsvertrag der neuen "Ampel"-
Regierung auf Bundesebene:*

Zweifelsohne hat Deutschland jetzt eine ambitionierte Regierung. Tatsächlich dürfte sie derart umfassende Reformen auf den Weg bringen, wie es bisher kaum ein Bündnis getan hat. Und selbstredend ist es angesichts der Herausforderungen für unser Land notwendig, dass grundlegende Veränderungen angegangen werden.

Doch der Koalitionsvertrag scheint einerseits ein Diktat der Jugend zu sein. Andererseits offenbart er im gesellschaftspolitischen Bereich drohende Dammbürche, die soziales Konfliktpotenzial in sich tragen. Ja, die Überschrift des Papiers spricht davon, dass man den Fortschritt „wagen“ wolle.

Tatsächlich braucht es Mut, wenn man beispielsweise eine Droge für Erwachsene kontrolliert zugänglich machen will, deren Konsum zu vielfach relativierten

Gesundheitsfolgen führt – und nach Alkohol und Zigaretten zum nächsten Suchtmittel wird, dessen Auswirkungen sich nach der Legalisierung kaum mehr einfangen lassen.

Es bedarf guter Argumente, weshalb man einen Schwangerschaftsabbruch als Dienstleistung anpreisen und für ihn wie einen Frisörbesuch oder den Kauf von Waschmittel werben möchte. Die Möglichkeit zum Erhalt des Führerscheins ab 16 Jahren ist ein Zugeständnis auf Druck der Wählerklientel, die man künftig auch bei Bundes- und Landtagswahlen an die Urnen lassen will – ohne aber gleichzeitig die politische Bildung zu schärfen und damit zu riskieren, dass pubertierende Heranwachsende nach Tagesform ein verbindliches Kreuz auf dem Stimmzettel setzen.

Es ist eine friedenspolitische Irrfahrt, nun doch bewaffnete Drohnen anzuschaffen, die von Soldaten aus der Ferne am Bildschirm gelenkt werden und Menschen mit einem Knopfdruck töten können – wie in einem

fiktiven und unechten Computerspiel, das aber bittere Realität ist und die Skrupellosigkeit auf die Spitze treibt.

Und während die „Grünen“ Umweltschutz an oberste Stellen setzen, sollen jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen gebaut und damit riesige Flächen erschlossen werden – einer von vielen Widersprüchen und Verblendungen, wie der Euphemismus des neuen Bürgergeldes, der im Vergleich zu „Hartz IV“ faktisch keinerlei Verbesserungen für die Hilfebedürftigen bringen wird.

Letztlich wird es maßgeblich darauf ankommen, ob die Breite der Bevölkerung bei all diesen Vorhaben mitgenommen werden kann. Wenn es nicht gelingen sollte, dem einfachen Bürger Alternativen und Ausgleiche für den Umstieg auf erneuerbare Energien anbieten zu können, wird aus dem versprochenen Zusammenhalt eine Spaltung. Aus Habecks „Zumutungen“ drohen dann, rasch Entmutigungen zu werden...

Moralische Autorität befähigt nicht,
Moralapostel sein zu dürfen...

*Zur Rede von Bundespräsident Steinmeier
anlässlich des Volkstrauertages:*

Ich bin nicht zum ersten Mal zumindest über Teile von Reden des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier irritiert. Auch bei der Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertrag sprach er im Bundestag und fand mahnende und bewegende Worte gleichermaßen.

Er hat recht, dass unser Gedächtnis mit der Brutalität deutscher Verbrechen in der Historie überfordert ist.

Daher ist es richtig, dass wir die abstrakte Barbarei in unseren Köpfen mit Beispielen konkreter Taten der deutschen Wehrmacht unterfüttern, um überhaupt in die Lage versetzt zu sein, über die vielen Einzelschicksale der Menschen, die auf allen Seiten des Weltkrieges zu Tode gekommen sind, trauern zu können.

Ich gehe mit Steinmeier aber keineswegs in der Frage konform, weshalb große Teile der deutschen Bevölkerung bis heute ein ambivalentes Verständnis gegenüber unserer Bundeswehr haben.

Nicht, weil ich die grausame Vergangenheit verdränge, sondern weil ich ihr gewahr bin, stehe ich der deutschen Truppe mit großer Skepsis gegenüber. Die Distanz vieler Bürger zu unserer Armee speist sich nicht aus der Scham, nichts mehr mit dem Militarismus des letzten Jahrhunderts zu tun haben zu wollen – wie es der Bundespräsident in seiner Ansprache meinte. Ganz im Gegenteil: Die Bilder und die Tatsachen, die uns von Zeugen aus den großen Schlachten überliefert werden, sind der alleinige Grund dafür, dass viele Deutsche mit der Bundeswehr hadern. Denn ihnen ist das Martyrium Warnung genug, sie setzen sich für einen stringenten Pazifismus ein. Und wenn man Steinmeiers Worte weiter dekliniert, dann scheint aus seiner Sicht Frieden oftmals nur mit militärischen Mitteln durchzusetzen zu sein.

Diese Haltung vertrete ich explizit nicht und bedauere sie besonders aus dem Munde eines Außenpolitikers, von dem ich eigentlich erwarte, dass er sich vehement und uneingeschränkt für diplomatische und waffenlose Konfliktlösungen in der Welt einbringt.

Dass in manch einem Krisengebiet militärisch interveniert werden muss, um überhaupt eine Grundlage für Friedensgespräche zu schaffen, gehört zur pragmatischen Wirklichkeit ebenso dazu, wie die Wahrheit, dass wir wohl auch künftig mit UN-Missionen den Frieden in fernen Ländern schützen müssen. Doch der Grundtenor vieler Deutscher ist klar: Sie entfernen sich von der Bundeswehr als Verteidigungsarmee, weil sie ein Zeichen für eine gewaltlosere Welt setzen möchten. Dabei schieben wir eben gerade nicht das zur Seite, was in den Kriegen durch unsere Soldaten verbochen wurde. Viel eher argumentiere ich aufgrund dieser Bilder und Eindrücke, dass es ein neues Verständnis unserer Bundeswehr bedarf.

Der einzelne Soldat als Mensch von heute ist nicht derjenige, der für die todbringenden Jahrzehnte verantwortlich gemacht werden kann. Doch eine Armee als Institution steht solange in einer unmittelbaren Nachfolge zu dem Heer, das von Hitler zum Morden in die Welt geschickt wurde, wie sie den Kurs von Kriegstreiberei in den heutigen Konfliktregionen zumindest durch mittelbares Eingreifen unterstützt. Deshalb würde die Bundeswehr nur dann zu einer von weiteren Teilen der deutschen Bevölkerung wertgeschätzten und angenommenen Truppe werden, wenn sie sich zunehmend auf Katastrophenhilfe im Inland und ausschließlich unter UN-Mission stehende Friedenseinsätze beschränkte. Unsere Armee muss diplomatische Beiträge zur Konfliktentschärfung leisten und sollte als Friedensbotschafter ohne Waffengewalt in die Kontinente geschickt werden. Das mag wie Utopie klingen, ist letztlich aber der Wunsch vieler Deutscher, die Vergangenheit nicht verdrängen, sondern nie wieder Krieg erleben wollen.

Glaube ist in erster Linie Privatsache...

Zur Debatte über die sinkenden Mitgliederzahlen in den christlichen Kirchen:

Ich gehöre seit vielen Jahren nicht mehr der Kirche an, glaube aber weiterhin an Gott. Auch wenn ich eine Phase der Zuneigung gegenüber dem evolutionären Atheismus verspürt hatte, bin ich mittlerweile wieder zu christlichen Überzeugungen zurückgekehrt und behaupte, dass die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zwar einen Rahmen für die Ausübung der eigenen Weltanschauung bietet.

Und natürlich wissen wir um den Mehrwert der Gemeinschaft. Gemeinsames Singen, gemeinsames Beten und gemeinsames Feiern haben insbesondere in sozialer Hinsicht eine nachgewiesene Bedeutung. Das bedeutet aber keinesfalls, dass Glaube Kirche bedingt – oder umgekehrt. Zwar hat auch Jesus die Gemeinschaftlichkeit immer wieder betont.

Und die Pfingstgeschichte macht deutlich, dass eine Bewegung im Sinne einer Kirche auch biblisch begründet ist.

Dennoch gibt es aus meinem Verständnis keinen unmittelbaren oder gar zwingenden Zusammenhang zu unserem Gottesglauben. Denn wer sich – wie auch ich – Rituale des alltäglichen Lebens schafft, der kann ein religiöses Leben ohne die Zugehörigkeit zu einem Zusammenschluss führen. Denn die Nachfolge im Sinne Christi beruht vor allem auf der Ermutigung, das eigene Dasein in den christlichen Dienst zu stellen. Dies kann in einem Verbund geschehen – letztlich bleibt der Glaube aber nicht nur Privatsache, sondern eine höchstpersönliche Entscheidung des Einzelnen, die er durch Erkenntnis und Fügung erlangt.

Kirchen können die Überbringer der frohen Botschaft sein. Leider beschäftigen sie sich heute allzu sehr mit sich und den zeitgeistigen Fragen. Ihr seelsorgerlicher und verkündigender Auftrag ist in den Hintergrund getreten, weshalb wir im Sinne

der lutherischen Anregung am „Priestertum aller Gläubigen“ festhalten sollten – und selbst die besten Prediger sind. Deshalb verkommt der Stellenwert der Kirche im Alltag der Menschen nicht ohne Grund zu einer Nebensache: Sie finden dort keine Antworten mehr, weil von den Kanzeln Politikerreden geschwungen werden, die wir gleichsam am TV-Bildschirm haben können.

Deshalb verstehe ich es gut, wenn sich gläubige Christen der Kirche entsagen und stattdessen eine fromme Existenz abseits der Gemeinschaft wählen. Die Taufe ist universell gültig, sie ist nicht zeitlich oder an die Mitgliedschaft in einer Konfession gebunden. Unser Bekenntnis zu Gott formt sich aus der Zuwendung zu ihm, keinesfalls ist sie abhängig davon, ob ich in einer religiösen Gruppierung verwurzelt bin. Im Gegenteil: Oftmals sind wir heute durch die Kirchenmitgliedschaft von klein an sozialisiert worden und bekommen erst recht spät die Chance eingeräumt, souverän über die weitere Zugehörigkeit zu befinden.

Daher ist das Freisein von der Institution ein gangbarer Weg der Emanzipation eines Jeden, der sich für seinen Gottesglauben ohne Kirche niemandem rechtfertigen muss. Viel eher geben uns die Worte der Schrift Anleitung genug, wie wir unsere irdische Existenz allein unter Segen und Zustimmung des Herrn behaupten können. Religiöse Praxis in Gemeinschaft kann Überzeugungen bestärken; sie ist für unseren Glauben aber nur ein Zubrot.

Respekt vor den Soldaten,
Kritik an der Armee!

Zur Kritik an pazifistischen Äußerungen der LINKEN in Lübeck durch die CDU:

Nein, nicht die Aussagen der LINKEN in der Lübecker Bürgerschaft befremden. Viel eher sind es die Vorwürfe der Christdemokraten gegen die pazifistische Haltung der Linksfraktion. Es ist gar empörend, wenn sich die CDU anzumaßen versucht, Geschlossenheit und Respekt vor dem eigenen Land mit der Unterstützung der Bundeswehr zu verknüpfen. Niemand „entfernt“ sich von unserem Staat, wenn er die Armee und die zunehmende Militarisierung auch der Bundesrepublik in berechnete Frage stellt.

Im Gegensatz zu anderen Parteien verfolgt DIE LINKE eine konsequente Skepsis und Ablehnung gegenüber gewaltsamer Konfliktlösung in den Ländern der Welt – und hat sich damit als echte Friedenskraft etabliert. Insbesondere unter dem Aspekt

der deutschen Geschichte scheint es dringender denn je geboten, unser Land zur Neutralität hinzuführen und zum diplomatischen Moderator von internationalen Auseinandersetzungen fortzuentwickeln.

Langfristiges Ziel muss es sein, die Truppe zu einem vorrangigen Unterstützer in der Katastrophenhilfe umzustrukturieren. Denn es ist das oberste Ziel unserer Gesellschaft und unseres Parlaments, den Dialog zu fördern und Kriege abzuwenden. Selbiges kann aber nur gelingen, wenn wir die Bundeswehr aus einem gewissen Abstand betrachten und ihren derzeitigen Status auf den Prüfstand stellen. Das hat – im Gegensatz zur Meinung der CDU in Lübeck – nichts mit Misstrauen gegenüber den Soldaten zu tun. Sie leisten ihren Dienst in den allermeisten Fällen in größter Verantwortung und Sorgsamkeit – und können daher nicht Ziel antimilitärischer Kritik sein.

Pazifismus und seine ablehnende Haltung gegenüber jeder Form von Waffengewalt ist vom Grunde her auf die Institution der Armee gerichtet, nachdem davon ausgegangen werden kann, dass sie auch im 21. Jahrhundert in Mitteleuropa vornehmlich nicht der Landesverteidigung dienen muss, sondern als Kampftruppe in den Krisenherden rund um den Globus zum Einsatz kommt. Zweifelsohne bleibt in manchen Fällen lediglich die Intervention durch Armeen als letzter Ausweg, um weiteres Blutvergießen zu verhindern.

Dennoch muss uns die Vision eines friedlichen Zusammenlebens leiten, wozu eben auch die klare Aussendung gehört, weltweit abrüsten zu wollen. Wenn es niemanden gibt, der dieses Ziel ernsthaft und sichtbar verfolgt, bleibt es eine Utopie. Daher ist es Auftrag einer linken Stimme in Deutschland, die Zweifel an militärischem Handeln und kriegerischen Außeneinsätzen aufrechtzuerhalten.

Die Wertschätzung gegenüber den Soldaten als Menschen mit seinem Entschluss, für die Bundesrepublik einzutreten, schmälert dies in keinem Fall. Im Gegenteil: Pazifisten sorgen sich um die Sicherheit und das Wohl von Bundeswehrangehörigen. Deshalb sind die Vorwürfe der Lübecker Christdemokraten gegen DIE LINKEN als verleumderisch und böswillig zurückzuweisen.

Wahrhaftigkeit oder Spiel?

Zur Forderung nach dem Einsatz von bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr:

Es hätte mich sehr gewundert, wenn der Befehlshaber für die Auslandseinsätze nicht irgendwann mit der Aussage auf sich aufmerksam gemacht hätte, wonach er für die Truppe bewaffnete Drohnen fordert. Deshalb ist seine aktuelle Einlassung wenig verwunderlich, aus pazifistischer Sicht aber gleichsam inakzeptabel.

Wenngleich die Argumente mittlerweile ausgetauscht sein dürften, bleibt die ethische Frage gestellt. In Zeiten von nicht-analogen Konflikten muss sich die Menschheit ohnehin mit ganz grundsätzlichen Aspekten befassen: Sollen, können und dürfen wir alles, was möglich ist, auch tatsächlich umsetzen? Wann ist die Gefahr zu hoch, dass uns die menschenerschaffene Technik und Digitalisierung selbst übermannt? Und welche Grenzen des Transhumanismus

dürfen wir allein aus moralischen Gründen nicht überschreiten, um uns vor den Folgen unseres eigenen Handelns zu bewahren? Würde diplomatische Völkerverständigung gelingen und die Vernunft des Menschen funktionieren, bräuchten wir uns um Kampfdrohnen keinerlei Gedanken machen. Doch allein das Beispiel der Atomkraft zeigt, dass Ideologien und Machtbestrebungen jeglichen Verstand außer Kraft setzen und zunächst für friedliche Verwendung gedachte Mittel zweckentfremdet werden.

So ist es auch im aktuellen Beispiel: Diese fliegenden Objekte können für die Zivilisation eine wichtige Erleichterung bringen. Doch je weiter sich der Mensch von seiner Naturbeschaffenheit entfernt und zwischen den Urzustand und sich selbst immer weitere Mechanik setzt, umso mehr verliert er das Gespür für die Auswirkungen seines Agierens.

Wer aus weiter Entfernung Drohnen lenken und mit einem einzelnen Knopfdruck Tod bringen kann, dürfte im Zweifel schon allein

deshalb zum Waffengebrauch bereit sein, weil er vor dem Bildschirm jegliche Empfindung für die Realität verliert. Das machen Verhaltensbeobachtungen gerade bei jungen Personen, die unter exzessivem und nahezu suchartigem Gaming leiden, überaus deutlich.

Wir kommen dann nicht umhin, uns in eine Scheinwelt zu begeben und den Kontakt zur Wirklichkeit zu verlassen. Damit entfällt auch jegliches Gefühl der Sittlichkeit und der Respekt vor dem tatsächlichen Leben. Es wird auch dem erfahrenen Militär nicht gelingen, den nötigen Abstand zu wahren und die gebotene Zurückhaltung zu üben. Dafür würde es dem in der Einsatzzentrale sitzenden Bundeswehrangehörigen mithilfe der Idealisierung des Hybriden zu leicht gemacht, bei Bedarf den Gegner per Mausblick zu eliminieren.

Unabhängig vom Faktum, dass gerade in einer flexibilisierten Zukunft der Dialog gegenüber einem vorschnellen Kriegseinsatz ohnehin an Bedeutung gewinnen muss und

Gewalt als Mittel zur Lösung von Krisen
geächtet werden sollte, wird die
Wertegemeinschaft nicht umhinkommen,
sich auf ihre Verantwortung zu besinnen und
unser Dasein nicht zu einem Spiel
verkommen zu lassen.

Falschverstandenes Selbstbewusstsein

Zur Taktiererei der „Grünen Jugend“ im Zuge der Koalitionsverhandlungen:

Die Grüne Jugend droht aktuell mit der Ablehnung der Ampel-Koalition. Dieses Verhalten reiht sich ein in eine zunehmende Selbstüberschätzung eines Teils der heranwachsenden Generation, die immer öfter versucht, das politische System derart ins Wanken zu bringen, dass es gar einer Erpressung gleicht.

Wenn es um das Verständnis der Zukunft unseres Planeten geht, maßt sich diese Gruppen an jungen Menschen an, einen alleinigen Wahrheitsanspruch zu vertreten. Respekt und Demut vor anderen Meinungen scheint ihnen fern. Viel eher agieren sie hochnäsiger von oben herab und nötigen die Mehrheitsgesellschaft zu Maßnahmen, die ideologisch und populistisch konnotiert sind.

Diese Form von übertriebenem Eigenbewusstsein findet ihre Ursache sicherlich auch in einem Erziehungsstil des Elitarismus. Gerade die Klimabewegung vermittelt den Eindruck, wonach ihre Überzeugungen allgemeingültige Tatsachen seien. Mit dem erhobenen Zeigefinger und dem latenten Verbreiten eines Schuldgefühls gegenüber der restlichen Bevölkerung gelingt es ihr, auch politisch Verantwortliche unter Druck zu setzen und zu reflexhaften Panikreaktionen zu verleiten.

Diese Art einer oligarchisch-autokratischen anmutenden Machtdemonstration ist eine Gefahr für eine stabile Demokratie, die sich eigentlich darauf berufen kann, nicht dem Diktat der Wenigen zu folgen. Der Umstand, dass bei einer wachsenden Zahl an politischen und gesellschaftlichen Fragen von Erderwärmung bis Corona-Bekämpfung bestimmte Positionen als unbestreitbar gelten und damit jede Form des Widerspruchs diffamiert und ausgegrenzt wird, beängstigt mich im Angesicht eines sich wandelnden Verständnisses vom Wert

der Vielfalt zu einem Akzeptieren des Singularismus ganz beträchtlich.

Wenn zeitgeistige Sichtweisen zu manifesten und unumstößlichen Dogmen erklärt werden, leidet die Souveränität eines gesamten Volkes unter dem Lautschreien von Einigen. Insofern muss es die Aufgabe dieser Tage sein, für die Rückkehr zu einer Pluralität der Perspektiven einzutreten. Niemand kann die Weisheit für sich einfordern, denn im Wesen des demokratischen Miteinanders gibt es kein Richtig oder Falsch.

Christlicher Tacheles

Zur Feier von 500 Jahren Bibelübersetzung:

Nach Jahrhunderten seit des Thesenanschlags von Martin Luther ist die Reformation aktueller denn je. Denn nicht nur die katholische Kirche hat momentan zu kämpfen. Teilweise muss der Protestantismus in Deutschland stellenweise sogar deutlich stärker an Mitgliedern federn lassen, als es bei den vom sexuellen Missbrauch und der Frage nach dem „Synodalen Weg“ gebeutelten Mitchristen der Fall ist.

Die evangelische Seite muss sich in diesen Zeiten vor allem fragen, warum sie vom religiösen Verkündiger zum politischen Forderer geworden ist. Immer öfter greift sie in die Tagespolitik ein – und versteht sich damit als ein wesentlicher „Player“ in Themen wie Migration, Pluralismus und Armut. Zweifelsohne: Es war bereits das Ansinnen der Reformatoren, die Kirche auch zu einem Sprachrohr für gesellschaftliche Missstände zu machen. Und ich begrüße es

zweifelsohne, dass sie sich in ihren Predigten zu den himmelschreienden Schieflogen auch in unserem Land äußert.

Wer aber Politikerreden hören möchte, sollte in den Bundestag gehen. Von einer Kirche erwarte ich etwas anderes als latente Wahlwerbung. Die Rückbesinnung auf ihren wesentlichen Auftrag hat sie seit Jahren versäumt, obwohl viele ausgetretene Schäfchen den Finger genau in diese Wunde legen: Wer am Sonntag den Gottesdienst aufsucht, möchte auf Grundlage des Evangeliums eine Botschaft hören, die konkrete Anleitung für den Lebensalltag des Einzelnen gibt.

Die EKD mit ihren Gliedkirchen fährt stattdessen seit geraumer Zeit den Kurs, auf einer Metaebene mitsprechen zu wollen – und vergisst dabei, dass es ihre eigentliche Aufgabe wäre, die Gläubigen in ihrer Existenz abzuholen. Gerade in Augenblicken der Krise und der persönlichen Schicksalsschläge muss der seelsorgerliche Dienst wieder sehr viel mehr Raum einnehmen. Kirche braucht neue Empathie für die Leiden der Menschen, statt abstrakt

Sachpolitik zu kommentieren. Den Theologen sollte es Ansporn sein, von den Kanzeln für die Nachfolge Jesu zu begeistern – und anhand seines Werkes aufzuzeigen, wie das Leben auch in den schwierigen Momenten gelingen kann.

Das biblische Wort gibt praktische Anweisungen für das Dasein in der Not, die uns Laien übersetzt und nahegebracht werden sollten. Christlicher Tacheles statt zeitgeistiges Gerede – das wünsche ich mir für die Kirche des 21. Jahrhunderts, die sich nicht nur am 31. Oktober der Klarheit von Wittenberg bewusst werden darf.

Kaputte Menschen helfen niemandem!

Zum Auslieferungsverfahren um den Whistle-Blower Julian Assange:

Ob es unerträgliche Bilder der Misstände aus französischen Gefängnissen sind, der brutale Drill in Vollzugseinrichtungen der USA oder die aktuell wiederum sichtbar gewordenen Auswirkungen der Inhaftierung von Assange: Wir müssen zur Erkenntnis gelangen, dass der Strafvollzug in seiner bisherigen Form menschenrechtlich im 21. Jahrhundert nicht mehr zu rechtfertigen ist.

Zahlreiche Erfahrungen haben belegt, dass der Resozialisierungsgedanke mit dem Einsperren in Zellen nicht zu erreichen ist. Im Gegenteil: „Schwedische Gardinen“ bringen Gewalt und Zwietracht, Radikalisierung und Ausgrenzung sowie psychische und körperliche Verkümmern mit sich. In den seltensten Fällen wird das Ziel erlangt, das sich manch ein Justizpolitiker bis heute ausmalt: Geläuterte Verbrecher, die in der Haft auf den rechten Weg zurückgekehrt sind.

Gefängnisse befördern kriminelle Energie, weil sie Bandenmäßigkeit unterstützen und zu andauerndem Selbstschutz nötigen. Jahrelanges Leben in einem abgeschotteten Raum, in dem sich im Zweifel gegenseitige Reibereien zwischen den Insassen zu einer ungünstigen Solidargemeinschaft entwickeln, läuft jedweder anthropogenen Bestimmung entgegen und erzeugt deshalb zwangsweise eine Verhaltensänderung im negativen Sinn. Andauernde Oktroyierung lassen Menschen emotional verrohen und begünstigen ein weiteres Abrutschen in die Straffälligkeit. Und auch dem Ansinnen der Reue, Buße oder Sühne wird kein Gefallen getan, weil eine erzwungene Einsicht weder glaubwürdig, noch beständig ist. Das Rufen nach „Auge um Auge“ mag aus Sicht von Opfern verständlich sein, es führt aber keineswegs zu (Rechts-)Frieden. Immerhin kann Vergebung nur dann geschehen, wenn ein Ausgleich zwischen Täter und Geschädigtem gelingt. Mit einem Einkerkern mag ein Straffälliger zwar aus dem Sinn sein; seine Rückführung in die Gesellschaft wird aber mit größter Wahrscheinlichkeit misslingen.

Niemandem ist geholfen, wenn Täter zu kaputten Menschen werden. Deshalb ist es angezeigt, dass sich die Zivilisation mit der Frage beschäftigt, wie Gerechtigkeit aussehen kann – ohne die Haft in ihrem bisherigen Verständnis. Nein, das ist kein Plädoyer für Straflosigkeit, sondern eine andere Form der Ahndung. Konzepte und Vorschläge gibt es reichlich – wie die Auferlegung von sozialer Arbeit bei leichteren Delikten, den Einsatz von Fußfesseln oder den Hausarrest. Daneben sollte zwingend darauf hingearbeitet werden, die psychologische Unterstützung von Straffälligen auszuweiten, Prävention zu verstärken und den Dialog zwischen Schädigendem und Geschädigtem zu forcieren.

Das mögen zwar in vielerlei Hinsicht noch utopische Ideale sein. Wenn wir dem Anspruch an eine humanitäre Bestrafung aber mit Ernsthaftigkeit vorantreiben wollen, dürfen wir nicht auf die Parolen am Stammtisch lauschen, der von der Realität in Gefängnissen keine Ahnung hat. Versöhnung muss die Errungenschaft des modernen Rechtswesens werden.

Menschenrechtspolitische Abwege

Zu Forderungen aus der Landespolitik gegen den Flüchtlingsstrom aus Belarus:

Profilierungswünsche, Machtbekundung oder Überforderung – Welche Beweggründe treiben den sächsischen Ministerpräsidenten an, inhumane und kaltherzige Parolen zu verbreiten? Mauern und Zäune will er an den EU-Außengrenzen errichten – und damit Staaten wie Polen oder Ungarn in deren Flüchtlingspolitik bestärken, die allein auf Abschreckung setzen und Unrecht an den europäischen Grenzlinien verbreiten. Dass Migranten zum Spielball von politischer Auseinandersetzung werden, das ist schon schlimm genug. Wenn deutsche Regierungschefs nun aber in eine Polemik einsteigen, die Orbán oder Morawiecki in ihrer radikalen Ideologie Vorschub leisten, ist das Grund für eine breite Empörung. Denn Asylsuchende sind Leidtragende einer Konfrontation zwischen Belarus und der Europäischen Union, denen Aufnahme gebührt – keinerlei Rückweisung.

Kretschmer billigt mit seiner Aussage einen rechtsfreien Raum an den ohnehin vielfach schon bestehenden Grenzzäunen der EU. Dass sich die Mitgliedsstaaten bis heute nicht auf Konzept zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms und einer gerechten Verteilung der Hilfesuchenden innerhalb der Union einigen konnten, darf keinesfalls zulasten der Schutzberechtigten gehen. Nach der Wahlniederlage der CDU scheint man zumindest in Sachsen den Blinker nach rechts ausgefahren zu haben.

Dabei hatte der ehemalige Kanzlerkandidat Laschet auf dem NRW-Parteitag noch davor gewarnt. Denn immerhin haben die Christdemokraten auch im Osten vielfach an die Mitte-Links-Parteien verloren – und sollten sich deshalb nicht noch weiter an die unlängst schwächelnde AfD anbieten. Wie gut, dass Deutschland ein Signal zu mehr Mitmenschlichkeit gesetzt hat, indem "Grüne" und SPD mutmaßlich der neuen Bundesregierung angehören werden.

Sie können dem Populismus aus Dresden ein wenig Einhalt gebieten, wengleich nicht davon auszugehen ist, dass sich Kretschmer

davon beeindruckt lassen wird. Seine Barrieren, die er entlang der EU fordert, offenbaren und bestätigen die leider noch immer bestehenden Ressentiments in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung, der der Ministerpräsident einen Bärenienst erweist. Nur wer die Augen vor den dramatischen Szenen verschließt, die sich bereits jetzt auf polnisch-weißrussischem Gebiet abspielen, kann eine solche Gewissenlosigkeit an den Tag legen. Es bleibt nur die Hoffnung, dass Sachsens Mehrheitsbevölkerung anders denken mag...

Eine Notlage ist kein Normalzustand!

*Zum Auslaufen verschiedener Coronaregeln
im November 2021:*

Unbestritten: Die 7-Tage-Inzidenz steigt derzeit stetig an. Kaum verwunderlich, dass der Mahner und Warner der Nation, SPD-Gesundheitsexperte Lauterbach, dies zum Anlass nimmt, um den Vorstoß von Minister Spahn als „zur Unzeit“ kommend ansieht, die epidemische Notlage alsbald auslaufen zu lassen. Hatten wir uns aber nicht eigentlich von diesem Messwert längst verabschiedet, der lediglich angibt, wie viele Menschen unter 100.000 Einwohnern innerhalb von sieben Tagen an Corona erkrankt sind? Sollte nicht schon längst die Hospitalisierungsrate das Maß aller Dinge sein?

Denn in Zeiten einer breitflächigen Impfung der Erwachsenen sagt die Inzidenz nur noch sehr wenig aus, vor allem qualitativ bietet sie keinerlei Antworten. Und überdies: Es ist völlig klar, dass wir in einigen Regionen wiederum eine prekäre Lage haben.

Rechtfertigt dies aber eine Ausnahmesituation „von nationaler Tragweite“? Mir scheint eher, als wollte manch Politiker vehement vermeiden, dass die deutsche Bevölkerung langsam in einen Normalzustand zurückkehrt.

Nein, die Einschränkung von Freiheitsrechten kann man nicht nach Belieben immer weiter verlängern. Sie bedarf zu Recht einer regelmäßigen Überprüfung und des Eingeständnisses, dass eine zunehmende Krankenzahl nicht mit einer Überlastung unseres Gesundheitswesens gleichzusetzen ist.

Niemand darf Gefallen daran finden, Verfassungsgrundsätze dauerhaft zu beschneiden. Viele Verläufe einer Covid-19-Infektion verlaufen mittlerweile sehr mild. Der Zustand ist keinesfalls mit 2020 vergleichbar, weil wir heute davon ausgehen können, dass bei weit über 60 Prozent Geimpften unter der erwachsenen Bevölkerung eine Immunisierung vor schweren Erkrankungen schützt.

Die nahezu reflexartigen Rufe nach Beibehaltung der Einschnitte in unsere Grundrechte haben nichts mehr mit Sorge zu tun, sondern gleichen eher einer Panik, der mittlerweile jeglicher Nährboden entzogen wurde. Ich befürchte, dass die Bürger durch die weiterhin bestehende Fixierung auf die Inzidenz verblendet werden sollen. Zur Wahrheit gehört die nämlich Tatsache, dass andere Maßstäbe längst keine flächendeckenden Krisengesetze mehr rechtfertigen. Letztlich wäre es verantwortungsvoll, wenn Fachleute wie Politiker glaubwürdig argumentieren würden, dass die jetzige Bewertung der Sachlage nur einen Schluss zulässt: Der Bundestag kann ernstlich nur die Beendigung der Notlage beschließen.

Hörgeräte für die Bundesregierung...

Zur Forderung der Familienministerin nach mehr gendergerechter Sprache:

Da war die „Ampel“-Regierung noch nicht einmal einen Tag im Amt, da wurde öffentlich bekannt, dass die neue Bundesfamilienministerin eine Offensive zur Förderung der Gendersprache plane. Deutschland befindet sich aktuell in einer der schwersten Krisen der Bundesrepublik – und Anne Spiegel hat nichts Anderes zu tun, als das Sternchen, den Doppelpunkt und das Binnen-I zu forcieren?

Die Koalition hatte stets betont, sie wolle verstärkt auf die Menschen hören. Für die Frauenministerin gilt das offenbar nicht. Denn würde sie sich an der Stimmung in der Bevölkerung messen, müsste sie aus zahlreichen Umfragen wissen, dass die Mehrheit der Bürger eine Abschaffung des generischen Maskulinums ablehnt. Stattdessen erwarten viele von ihnen, dass sich die Politik nicht länger mit Nischenthemen befasst, sondern Veränderungen dort auf den Weg bringt, wo

Deutschland sie dringend bedarf. Und das ist sicher nicht beim Thema „Sprache“ in öffentlichen Institutionen, den Medien oder gar in der Gesellschaft der Fall.

Denn auch wenn Studien offenbar belegen, dass die Verwendung von diversen Formulierungen gerade bei jungen Menschen dazu beiträgt, die Gleichstellung auch in deren Köpfen voranzubringen, muss es stets bei einer Abwägung bleiben: Ist der Mehrwert einer angepassten Ausdrucksform größer als die Konsequenzen, die eine Verunstaltung unserer Sprechweise mit sich bringt?

Ich komme für mich zu einem eindeutigen Ergebnis: Die krampfhaft eingebrachte Einbeziehung des weiblichen Geschlechts in unser Gesagtes und Geschriebenes führt zu einer massiven Überforderung unseres Gehirns und lässt uns selbst einfache Texte nicht mehr hinreichend verstehen. Notwendige Sprechpausen lassen Zusammenhänge auseinanderreißen, Inhalte können nicht mehr in ihrem Kontext eingeordnet und kognitiv verarbeitet werden. Auch Politik wird (noch) schwieriger verständlich, wenn

Botschaften künftig gentrifiziert werden und für den Normalbürger in ihren Bedeutungen nicht mehr nachvollziehbar sind.

Insofern befürchte ich mit dem Ansinnen von Ministerin Spiegel nicht nur eine weitere Spaltung im Land, sondern auch einen schneller wachsenden Verdruss, ein Desinteresse und weniger Glaubwürdigkeit gegenüber dem Staat, was gerade in diesen Zeiten verheerende Auswirkung hat. Die „Grünen“-Politikerin hat mittlerweile eine neue Forderung bekanntgegeben: Sie will einen Kinderbonus für einkommensschwache Familien initiieren. Offenbar hat sie gemerkt, dass man mit solchen Anliegen eher punkten kann, als mit einer aufoktroyierten Sprache. Wenn sich Rot-Grün-Gelb tatsächlich an den Bedürfnissen des Volkes und an mehr Bürgerbeteiligung orientieren will, wäre es ein geschickter Schachzug, Ideen zunächst intern zu diskutieren und auf ihre Gegenliebe in der Einwohnerschaft zu prüfen, ehe man sie losposaunt und kurze Zeit später mit anderen Vorschlägen kaschieren muss...

Verlockungen widerstehen

*Zur Entscheidung des
Bundesverfassungsgerichts über die
Kontaktbeschränkungen während Corona:*

Es waren insbesondere Unionspolitiker, die nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die „Bundesnotbremse“ reflexartig forderten, diese auch jetzt wieder zu bemühen, um die vierte Welle der Pandemie zu brechen.

Manchmal wäre es aber hilfreich, sich ein Urteil genauer anzusehen, statt unüberlegt zu poltern und nach Söder'scher Manier medial Aktionismus zu verbreiten.

Denn die Karlsruher Richter haben sehr deutlich gemacht, dass es für die Verhängung von Ausgangsbeschränkungen und Kontaktreduzierungen guter Gründe bedarf, die der jeweils aktuellen Lage angepasst sein müssen. Das bedeutet insbesondere, dass das Grundgesetz gerade keine pauschalen Maßnahmen rechtfertigt.

Stattdessen dürfen sie nur in einer äußersten Gefahrenlage ergriffen werden, deren Definition sich an der Situation aus dem Frühjahr messen lassen muss.

Die Verfassung erlaubt es der Politik nicht, zu jeder Zeit auf einen vollen Instrumentenkassen zurückzugreifen, sondern fordert von ihr eine Abwägung über die Verhältnismäßigkeit angesichts der zum jeweiligen Augenblick vorherrschenden Gegebenheiten. Dies bedeutet vor allem, dass im Dezember 2021 eben nicht zwingend davon ausgegangen werden kann, wonach auch heute wieder eine solch bundesweite Not herrscht, wie sie noch vor einem dreiviertel Jahr galt, als kaum jemand geimpft war und sich die Inzidenzen über die Republik nahezu ähnelten.

Vor allem die Freien Demokraten mit dem designierten Justizminister Marco Buschmann haben nach dem Beschluss des Verfassungsgerichts mit einer sehr differenzierten Bewertung reagiert: Anstelle von unüberlegten Forderungen nach einem generalisierten Lockdown hat man bei den Liberalen verstanden, dass es auch bei

explodierenden Zahlen in einigen Bundesländern ein stetiges Gegenüberstellen von Grundrechtseingriffen und Freiheitsrechten braucht, um zu einer ausgewogenen und rechtssicheren Ausgestaltung von bundesgesetzlichen Regelungen zu kommen.

Zweifelsohne: Die Lage auf vielen Intensivstationen ist dramatisch, die wachsende Zahl an Infizierten muss uns ernsthafte Sorge bereiten. Doch Politik war noch nie gut damit beraten, aus Panik heraus zu handeln. So besonnen, wie Karlsruhe zu seiner abgestuften Einordnung gelangt ist, sollte auch die künftige Koalition agieren: Der Notschalter mag verlockend sein, Versuchungen muss man aber widerstehen.

Klimaschutz unter dem Segen

Zur Eröffnung von „Brot für die Welt“:

Die deutschen Protestanten haben im Eröffnungsgottesdienst zu „Brot für die Welt“ der politischen Klimaerweckung eine Bühne geboten: In der Detmolder Christuskirche feierte die Gemeinde zum Auftakt der bundesweiten Hilfsaktion unter liturgischer Mitwirkung der örtlichen „Fridays for Future“-Gruppe.

Diese nutzte die Gelegenheit, um die Evangelische Kirche in ihrem Sinne zu kapern - und offenbar empörte sich keiner der Gläubigen.

Im Gegenteil: Einstimmig wurden Pauschalisierungen hingenommen, die die Vertreterin der Protestbewegung aufbrachte. Ohne die dargestellten Kausalzusammenhänge kritisch zu hinterfragen, lauschten die Anwesenden dem erhobenen Zeigefinger.

Während man nach außen nahezu scheinheilig und kräftig in die ersten Adventslieder einstimmte, dürfte manch ein Aktivist im Chorraum insgeheim wohl eher die Götzin Thunberg gepriesen haben.

Fotos aus den Flutgebieten sorgten für Scham und Schuld, die menschengemachte Erderwärmung sei alleiniger Auslöser der extremen Wetterereignisse dieser Tage. Ein Schelm, wer dabei auf den Gedanken kommt, dass sich mit Panikmache am meisten Spendengeld akquirieren lässt. Zweifelsohne: Die Wahrung der Schöpfung muss die Religionen etwas angehen. Und ja, sie sollen sich ausdrücklich gesellschaftsthematisch äußern und positionieren.

Wenn sich aber Glaubensgemeinschaften vor den Karren einer aufbegehrenden Generation spannen und sich zum Multiplikator von Neubauers und Reemtsmas Parolen missbrauchen lassen, irritiert mich das. Kanzeln sollen dazu dienen, den Schäfchen die biblische

Botschaft nahezubringen. Dazu gehört auch, sie zu einem ressourcenschonenden und nachhaltigen Verhalten zu ermutigen. Denn das dürfte im Sinne Gottes sein, der uns diese Erde unter der Maßgabe verantwortungsvollen Handelns überlassen hat.

Predigten sind aber nicht dafür da, zu Aktionismus aufzurufen und Beklemmungsgefühle zu säen. Nicht das erste Mal lässt sich die Institution Kirche instrumentalisieren. Es gehört nicht zu ihren Aufgaben, lobbyistische Thesen ungeprüft und generalisiert zu verbreiten. Wir wissen bis heute nicht abschließend, welche anthropogenen Effekte auf das Klima Einfluss haben. Deshalb täten auch Christen gut daran, nicht blind auf scheinbar zeitgeistige Angstmacherei hereinzufallen und ihren Lebensstil statt aus dem Selbstzweck des Popularismus und wissenschaftlicher Modellrechnungen viel eher in Überzeugung und Glaube an einen respektvollen Umgang mit dem Geschenk des irdischen Daseins anzupassen.

Wir sollten dabei auf die gottgegebene Vernunft vertrauen, weniger auf manch jugendliche Emotionalität und Naivität. Kirchen sind Orte des stillen Gebets und der überlegten Verkündigung, nicht der schrillen Töne und des lauten Geschreis. Wer politische Reden hören möchte, kann sich von unzähligen Talkshows aufreiben lassen. Wenigstens Gotteshäuser müssen Hallen der inneren Einkehr bleiben - wenn sie nicht bereits zu bloßen Sprachrohren des Mainstreams verdorrt sind.

Verpasster Systemwechsel

*Zu den Absichten der „Ampel“-Koalition,
„Hartz IV“ durch ein Bürgergeld zu ersetzen:*

Viele Beobachter sehen im neuen „Bürgergeld“, das die „Ampel“-Regierung einführen möchte, eine deutliche Abkehr von „Hartz IV“. Ich kann diesen Optimismus allerdings nicht teilen. Denn die Formulierungen im Koalitionsvertrag mögen zwar eine Wegwendung von den Sanktionen erkennen lassen. Diese waren nach dem Gerichtsurteil des Bundesverfassungsgerichts aber ohnehin schon beschränkt worden.

Ich habe in meiner Arbeit als Psychosozialer Berater zudem den Eindruck gewonnen, dass es nicht diese Kürzungen sind, mit denen die meisten Bezieher des Arbeitslosengeldes II vorrangig hadern. Viel eher sind es die kaum realistischen und stets viel zu verzögert angepassten Regelsätze, mit denen ein Individuum kein vernünftiges soziokulturelles Dasein fristen kann –

welches aber die Verfassung vorsieht und das auch mit der undefinierten Sozialleistung der künftigen Koalition nicht erreicht werden wird.

Gleichsam war die fehlende individuelle Förderung bisher ein Manko – und scheint es ebenfalls zu bleiben. Der Irrglaube, die große Mehrheit der arbeitssuchenden Bevölkerung müsse eher gefordert statt gefördert werden, scheint insbesondere durch die „Freien Demokraten“ in der kommenden Koalition beständig aufrechterhalten worden sein. Dabei habe ich erlebt, wonach es in den überwiegenden Fällen ein Bedürfnis der Leistungsempfänger ist, endlich wieder Beschäftigung zu haben.

Kaum jemand von ihnen sitzt gerne den ganzen Tag fernsehguckend auf der Couch. Arbeit ist Ablenkung, Sinn und Erfüllung – weshalb es wichtig gewesen wäre, von Endlosschleifen an Rhetorikseminaren, Qualifikationen à la Grundschul-Rechenaufgaben und dem Zwang zu erwartbar ergebnislosen

Initiativbewerbungen abzurücken.
Wertschätzung gegenüber Menschen bedeutet einerseits, ihnen einen der Inflation und den tatsächlichen Lebenshaltungskosten angemessenen Geldbetrag zu gewähren – und das bedingungslos, nicht als Anreiz.

Andererseits heißt es aber auch, sie nicht länger als Nummern zu behandeln, die vom „Jobcenter“ schematisch abgearbeitet und Beschäftigungstherapien zugeführt werden. Im Kern hat man sich von den Schröder'schen Reformen auch bei Rot-Grün-Gelb nicht verabschiedet, weil man es verpasst hat, Arbeitslosen wieder eine Würde zu geben.

Westliche Kurzsichtigkeit

Zur neuen Bundesaußenministerin Annalena Baerbock von den „Grünen“:

Es ist unübersehbar: Die neue Außenministerin Baerbock fährt einen sehr einseitigen Kurs, was die Ausrichtung ihrer Politik in der Welt angeht. Die Verherrlichung des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten ist für ein Land, das sich angesichts seiner Geschichte und Position im Herzen von Europa als ein Vermittler, Schlichter und neutraler Moderator verstehen sollte, eine Bankrotterklärung. Denn das enge Bündnis durch die Verpflichtungen in der NATO bringt die Bundesrepublik in eine stetige Abhängigkeit und militärische Bereitschaft, die Deutschland auch aus historischen Gründen nicht guttut.

Überhaupt irritiert mich die uneingeschränkte Freundschaft, die die Grünen-Politikerin mit den USA betont, aus verschiedener Hinsicht. Nein, ein Staat, der sich das Recht herausnimmt, durch die

Beibehaltung der Todesstrafe gegen wesentliche westliche Werte zu verstoßen, ist keine lupenreine Demokratie. Dort, wo immer wieder über die Möglichkeit der Folter als Druckmittel gegenüber Gefangenen – und seien es auch potenzielle Terroristen – schwadroniert wird, werden Menschenrechte ganz offenkundig nicht eingehalten. Und mit einer Nation, die in der jüngeren Vergangenheit mehrere Kriege über das Knie gebrochen hat, sollten wir nicht derart unbeschwert umgehen, wie es die künftige Bundesregierung plant. Eine kritischere Haltung gegenüber Amerika wertet diktatorisch anmutende Länder wie Russland und China keinesfalls auf. Stattdessen ist es unsere Aufgabe, Scheuklappen abzulegen und singuläre Partnerschaften nicht zu überhöhen. Die Verblendung von Rot-Grün-Gelb in Sachen Außenpolitik wird die diplomatischen Fähigkeiten Deutschlands beschränken. Dabei wäre es gerade unsere Verantwortung und Verpflichtung, Gesprächskanäle zu allen Seiten offenzuhalten, um für eine weltweite Verbesserung von Grund- und Bürgerrechten, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit einzutreten.

Auch mir ist ein Ansprechpartner Biden deutlich sympathischer als Putin. Doch darum geht es nicht. Mit der „Ampel“-Koalition werden wir noch sehr viel stärker als je zuvor auf eine transatlantische Bindung setzen – und uns damit gleichsam in Okkupation begeben. Das machen auch das indirekte Anpeilen des 2 %-Ziels bei den Verteidigungsausgaben oder der Entschluss zur Anschaffung von bewaffneten Drohnen deutlich: Die Chance auf eine Abrüstung wird vertan, die Abkehr von Gewaltspiralen rückt in immer weitere Ferne. Mit den pazifistischen Ambitionen der Bündnisgrünen aus den 1990er-Jahren hat das nicht mehr viel zu tun. Wir schmeißen uns Amerika in die Arme – und tolerieren damit Missstände und ein Ungleichgewicht, das dem Weltfrieden nicht dienlich ist.

Eine getriebene Generation!

Zur Kritik der Umweltbewegung an den Koalitionsverhandlungen im Herbst 2021:

Ich bin zweifelsohne dafür, dass jeder von uns den eigenen Lebensstil auf Nachhaltigkeit überprüft. Wir können viele Ressourcen einsparen, doch sollten wir uns von einer ideologischen Verkrampfung lösen, Deutschland könne mit einer neuen Bundesregierung und deren Maßnahmen für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels sorgen.

Unbestritten ist der anthropologische Anteil am Klimawandel, dennoch fehlen mir bis heute über die Modellrechnungen und empirischen Daten hinausgehende Belege dafür, wonach eindeutig Zusammenhänge zwischen CO₂-Ausstoß und der perspektivischen Veränderung unseres Wetters bestehen. Vergessen wird allzu oft, dass evolutionsbedingte Schwankungen schon seit jeher existieren, Verschiebungen des Golfstroms Anteil an der künftigen Temperaturentwicklung nehmen werden und die mehrheitlichen Emissionen weder

aus Autos oder Kohlekraftwerken, sondern vor allem durch Kühe entstehen. Und warum wir reflexartig aus der Kernenergie aussteigen mussten, um nun zu erkennen, dass wir ohne den Zukauf von Atomstrom aus maroden Meilern im Ausland nicht auskommen werden, erschließt sich mir ebenfalls nicht.

Auch die aktuell von der „Grünen Jugend“ geäußerte Kritik an den Sondierungsergebnissen der „Ampel“-Koalitionäre setzt ausschließlich auf Schuldgefühle: Der Mensch ist in ihren Augen alleiniger Verantwortlicher für die Zunahme extremer Naturereignisse und wird mit der moralischen Keule massiv unter Druck gesetzt, durch panikartige Reaktionen gegen ein Phänomen zu wirken, auf das wir nach meiner Einschätzung eben nur bedingt Einfluss haben.

Die Diskussion um Maßnahmen zur Abwehr des Klimawandels verdrängt jedwede Debatte über die Lösung praktischer Probleme der Gegenwart, die insbesondere im Sozialen zu finden sind. Der Absolutheitsanspruch der Umweltbewegung

ist durch nichts gerechtfertigt. Als vergleichsweise junger Mitbürger ist auch mir die Zukunft unseres Planeten nicht egal. Aber ich habe ein Problem damit, wenn eine nahezu schon religiös anmutende Weltanschauung einer ganzen Generation Naivität befördert und Verblendung verursacht. Ich Sorge mich, wenn mit Angst Politik gemacht wird.

Schlussendlich wäre es rationaler, auf manch gottgegebene Wirklichkeit mit Anpassung zu reagieren, statt unendlich viel Kraft, Zeit und Geld in einen Kampf zu investieren, den wir überhaupt nicht gewinnen können.

Missbrauchtes Andenken

*Zum Gedenken an den Beginn des
Mauerbaus vor 60 Jahren:*

Es ist Wahlkampf – und verwundert es kaum, wenn mit markigen Worten nur so um sich geworfen wird. Bei fallenden Umfragewerten klammert sich die Union an alle Strohhalme, die ihr geboten werden. Einer davon ist das Gedenken zum 60-jährigen Beginn des Mauerbaus, welches Paul Ziemiak als CDU-Generalsekretär zu einem Frontalangriff gegen die Linkspartei missbrauchte und SPD und Grüne davor warnte, mit ihr in eine Koalition einzutreten.

Gebetsmühlenartig versucht die bürgerliche und konservative Mitte des Parteienspektrums, auch nach mehr als 30 Jahren seit dem Ende der DDR eine unmittelbare Verbindung zwischen ihr und der politischen Kraft von heute herzustellen. Auch wenn sogar aus Teilen der Linken selbst immer wieder beansprucht wird, als Rechtsnachfolge der SED gesehen werden zu

wollen, hat wohl kaum eine andere Partei ihre Geschichte derart ausführlich, kritisch und distanzierend aufgearbeitet wie DIE LINKE. Davon könnten sich auch Ziemniaks Christdemokraten eine Scheibe abschneiden.

Und auch der Umstand, dass sich genau zu diesem denkwürdigen Tag Heiko Maaß zu Wort meldet und verkündet, dass für ihn eine grün-rot-rote Koalition wohl aufgrund der außenpolitischen Positionen der Linken nur schwer denkbar sei, lässt deutlich erkennen, dass die Furcht vor der bisher nicht regierungserfahrenen und dadurch noch immer unbekannt wirkenden Partei von links weiterhin groß ist.

Zweifelsohne: Auch im Wahlvolk ist das Vertrauen ihr gegenüber zurückgegangen, was nicht zuletzt an den internen Querelen liegt. Doch kaum jemand kommt heute noch auf die Idee, DIE LINKE derart per se mit den unentschuldbaren Geschehnissen in der politischen DDR in Verbindung zu bringen, wie es dieser Tage die wahlwerbenden

Konkurrenten machen. Zurecht hält die Partei auch weiterhin am Grundgedanken des Demokratischen Sozialismus von Gleichheit und Solidarität fest, denn er kann nach der festen Überzeugung einer übergroßen Mehrheit in den eigenen Reihen nur durch die Realisierung von Freiheit Wirklichkeit werden.

Schlussendlich ist diese Einsicht aus dem Wissen um die Mitverantwortung für das grausame Geschehen am Grenzzaun erwachsen und hat zu einem Lernprozess bei den allermeisten Linken geführt, den man sich bei manch anderen politischen Mitbewerbern in Bezug auf deren Vergangenheit nur wünschen kann.

Konstrukteursfehler

*Zu Entscheidungen des polnischen
Verfassungsgerichts über EU-Recht:*

Die Europäische Union wird von vielen Bürgern in ihren Mitgliedsstaaten auch deshalb skeptisch beäugt, weil ihr massive Konstruktionsfehler zugrunde liegen. Einer davon wird aktuell wieder überaus deutlich sichtbar: Zwar kann die EU einzelne der ihr zugehörigen Länder von der Mitgliedschaft suspendieren und ihnen damit Sanktionen auferlegen oder wesentliche Rechte in der Staatengemeinschaft entziehen. Trotzdem bleibt es auch nach dem Vertrag von Amsterdam weiterhin unmöglich, ein Land aus ihr auszuschließen. Doch gerade das derzeitige Beispiel Polens macht klar: 26 Staaten müssen sich von einem anderen auf der Nase herumtanzen lassen, ohne die Option zu besitzen, dieses Land endgültig aus der Union zu entfernen. Wenngleich Warschau der größte Nettoempfänger ist, wird er auch bei einer Wirksamkeit von Sanktionierungen weiter von der Mitgliedschaft profitieren.

Zudem ist das bis zu diesem Punkt zu bestreitende Prozedere derart langatmig und mit so vielen juristischen Fallstricken belegt, dass Polen auf absehbare Zeit keine nachhaltige Bestrafung für seine diametral der Wertegemeinschaft zuwiderlaufenden Rechtsstaatsgedanken zu befürchten hat. Wer erst einmal in der Europäischen Union ist, den wird man so einfach nicht mehr los. Dieser Umstand belegt exemplarisch die Machtlosigkeit:

Während man offenbar die Gurkenkrümmung durch EU-Beamte festzulegen vermag, sind dem Staatenbund bei grundsätzlichen Angriffen auf seine demokratischen und freiheitlichen Ideen durch ein Mitgliedsland die Hände gebunden. Das versteht kaum jemand – und es beweist die Ohnmacht einer Institution, die es versäumt hat, sich in ihrer anfänglichen Euphorie einer immer stärker wachsenden Gemeinschaft mit dem Gedanken zu befassen, wie man im Zweifel mit denjenigen umgeht, die das Fundament des Miteinanders mit Füßen treten.

Die Architekten der EU waren von ihrer zweifelsohne redlichen Vision eines friedlichen Europas derart verblendet, dass sie offenbar nicht daran glaubten, dass die Einheit irgendwann einmal Risse bekommen könnte. Damit wurde die Chance verspielt, die Union zu Handlungsspielräumen zu befähigen, bei sich dramatisch verändernden politischen Verhältnissen in singulären Staaten reagieren zu können. Mit unendlichen Vertragsverletzungsverfahren, die scheinbar nie zu einem Ziel kommen, ist Brüssel lediglich ein zahnloser Tiger, über den man an der Weichsel schelmisch lacht.

Bekenntnis ja, Mission nein...

Zum Muezzin-Ruf in Köln:

Die Religionsfreiheit in Deutschland ermöglicht nicht nur, uns auch äußerlich in definierten Grenzen zu einer bestimmten Religionszugehörigkeit zu bekennen. Auch unser Gegenüber ist durch die Verfassung dazu angehalten, diesen Ausdruck religiöser Verbindung des Anderen zu respektieren – denn sie ist auch für den Anders- oder Nicht-Gläubigen in einem gewissen Ausmaße „zumutbar“. Der entsprechende Artikel des Grundgesetzes ist damit Garant für ein friedliches Miteinander der Religionen und Türöffner für interkulturelles Zusammenleben. Gemäß unseres Rechtsstaatsgedankens hat also Freiheit des Einzelnen so viel Platz zur Wirkung, bis der Mitmensch in seinen Grenzen tangiert wird. Insofern ergibt sich daraus zwar ein stetiges Spannungsverhältnis, das in einer toleranten Bundesrepublik trotz beschämender Schlagzeilen nach meiner festen Überzeugung weitgehend funktioniert.

Denn jeder von uns hat ein grundlegendes Empfinden darüber, wann die religiösen Gefühle des Mitbürgers durch das Ausleben der eigenen Religiosität verletzt werden. Von einem Gegenüber kann insbesondere erwartet werden, dass ein passives Bekenntnis in Form einer Kopfbedeckung, einer Kette mit Anhänger oder einer angemessenen Körperbekleidung hingenommen werden muss, solange damit kein aktives Werben für eine bestimmte Religion verbunden ist. Wegweisend bleibt vor allem auch, ob mit dem reinen Bekenntnis eine sachliche Botschaft verknüpft ist, die in der Lage erscheint, missionarischen Charakter zu entfalten. An dieser Stelle dürfte nach meinem Verständnis die Grenzlinie verlaufen, an der sich Religionsfreiheit von religiösem Eifer trennt. Deshalb ist auch die Debatte um den Muezzin-Ruf auf Kölner Gebetshäusern überaus kritisch zu reflektieren. Denn während wir das Glockengeläut der Kirchen als Symbol ohne inhaltliche Konnotation verstehen können, werden über das Minarett Aufforderungen verbreitet, die fähig dazu sind, religiöse Konfrontation zu schüren und Unfrieden zu stiften.

Dabei ist die Frage nachrangig, inwieweit die übermittelten Worte für eine nicht nur in der Mehrheit stehende Bevölkerungsgruppe von Andersdenkenden tatsächlich anstößig sein kann. Der alleinige Wesenscharakter als appellierender Aufruf überschreitet für mein Verständnis bereits das Limit größtmöglicher Pietät. Es kann vom andersgläubigen Mitbürger nicht erwartet werden, dass er die Worte des Muezzin ausblendet und sich dem Über- und Unterredungsversuch durch eine Religion zu unterwerfen verpflichtet ist, weil er ihr nicht entkommen kann. Das Lautspiel einer Glocke kann störend sein, ist aber nicht vordergründig mit einem oktroyierenden Charakter verbunden.

Abseits der Frage über die öffentliche Sicherheit muss bei der Gestattung des Muezzin-Rufs tatsächlich auch beachtet werden, ob die wortgewaltige Unterbrechung des Alltags durch eine Glaubensgemeinschaft, die weiterhin eine erkennbare Minorität in unserem Land darstellt, verhältnismäßig ist und nicht einzelnen Religionsanhängern überproportional viele Rechte zugesteht.

Denn Religionsfreiheit muss nicht zwingend Religionsgleichheit bedeuten. Immerhin scheint es um des friedentiftenden Charakters von Multireligiosität angezeigt, das Ausmaß von Freiheitsrechten in Äquivalenz zur Bevölkerungszahl derer zu stellen, die der jeweiligen Religionsgruppierung angehören.

Dabei spielt nun weniger die polemische Debatte darüber, ob der Islam zu Deutschland und seiner religiösen und kulturellen Tradition gehört, eine entscheidende Rolle. Viel eher ist es die Aufgabe des Staates, die Vielfalt der Religionen authentisch abzubilden und nicht einzelnen Gemeinschaften aus Gründen dort artikulierter Benachteiligung Vorschub zu leisten, um manchem Mainstream religiöser Weltoffenheit gerecht zu werden. Wer ein faires Zusammenleben möchte, kann Proportionalitäten nicht übergehen.

Systembarrieren überwinden, politische Brückenschläge suchen!

*Zu den Verhandlungen über eine
sogenannte rot-grün-gelbe
Bundesregierung:*

Das Ergebnis der Bundestagswahl hat gezeigt: Die Zeiten des politischen Lagerdenkens sind vorbei. Die Menschen haben in ihren Köpfen vielfach die Systembarrieren überwunden und wollten sich mit ihrem Kreuz auf dem Stimmzettel offenkundig dafür aussprechen, dass neue politische Brückenschläge unternommen werden sollen.

Nicht mehr Kapitalismus oder Sozialismus – sondern viel eher ein nachhaltiges, programmatisches und effizientes Miteinander aus verschiedenen ideologischen Strömungen von Liberalismus, Ökologie und Solidarität. Das mag dann zwar keinerlei Liebesheirat sein, ist aber allemal mehr als ein Zweckbündnis.

Denn die Deutschen waren – im Gegensatz beispielsweise zu den französischen Nachbarn – noch nie dafür zu begeistern, dass sich Koalitionen in allzu großer Polarität vornehmlich mit Differenzen hervortaten. Schon aus geschichtlichen Gründen wünscht man sich bei uns Stabilität und Harmonie, anders hätte man auch 16 Jahre Angela Merkel kaum unterstützen können.

Und trotz aller Liebe zur Einigkeit haben die Bundesbürger erkannt, dass Innovation gefragt ist. Und genau sie wird nur dann möglich, wenn sich Synergien bilden und Divergenzen einander befeuern. Schlussendlich sind die Zielsetzungen von SPD, Grünen und FDP in vielen Bereichen nahezu deckungsgleich. Die verschiedenen Wege, wie man zu den Ergebnissen gelangen möchte, unterscheiden sich zwar teils erheblich. Dennoch scheinen die Visionen einer perspektivischen Gesellschaft angesichts anstehender Herausforderungen, die alle drei Parteien gleichermaßen erfasst haben, den Auftrag für ein tatsächliches Zukunftsbündnis zu tragen.

In Wahrheit bildet die „Ampel“ das politische Spektrum und die Haltungen der Mehrheitsbevölkerung weitaus besser ab, als es dies ein „Jamaika“-Zusammenschluss tun würde. Umwelt, Freiheit, Gerechtigkeit – das ist der thematische Dreiklang, welcher die bürgerlich-ökonomischen, sozial-basisdemokratischen und naturverbunden-avantgardistischen Positionen überspannt. Rot-Grün-Gelb mag ein Experiment sein, das aber gleichsam unter dem Segen mannigfaltiger Wähler quer durch die Landschaft steht.

Zapfenstreich für Kriegseinsätze!

Zur Diskussion über die Zeitgemäßheit von militärischen Ehren:

Der Große Zapfenstreich soll Ausdruck von Dankbarkeit, Respekt und Anerkennung für Geleistetes sein, was der Bundesrepublik Integrität und Ansehen verschafft hat. Doch gerade der Einsatz in Afghanistan ist kein leuchtendes Beispiel in der Geschichte unserer Bundeswehr. Vielmehr ist die Intervention in dem islamistisch geprägten Land eine Zäsur gewesen, die Zeit und Raum für eine Katharsis bietet – und sie nötig macht. Denn von den Eindrücken und in der Rückschau wohl mehrheitlich als Misserfolge zu wertenden Erfahrungen werden unsere Soldaten sicherlich noch lange verfolgt bleiben.

War deren Engagement für nichts?
Angesichts des brutalen und gnadenlosen Vorrückens der Taliban, die ein instabiles Konstrukt von Rechtsstaatlichkeit in kürzester Zeit niedergezwungen und einen Hauch an Demokratie mit ihrem Einmarsch

in Kabul zunichtegemacht haben, muss man attestieren, dass es zwar gelungen scheint, über 20 Jahre die Maske des Friedens über das Land zu stülpen. Doch die Gotteskrieger haben sie ihm in Windeseile heruntergerissen und lassen die unverdeckte und bloße Fratze des Terrorismus, der Unterdrückung und der Rückständigkeit in die Gesichter derjenigen blicken, die einst auf Befriedigung, Frauenrechte und Modernisierung gehofft hatten. Weshalb nur war diese widerstandslose Rückkehr der Taliban möglich – und warum hielten die afghanischen Streitkräfte nicht dagegen? Offenkundig muss sich die westliche Gemeinschaft eingestehen, dass sich Staatsformen nicht aufoktroyieren lassen. Die Naivität der NATO-Soldaten wurde befeuert durch die Lobeshymnen ihrer Heimatländer. Dort verkaufte man den Krieg lange Zeit als wesentlichen Beitrag für Stabilität und Frieden. Übrig geblieben sind vor allem Enttäuschung und Resignation, denn die Werte, die auch deutsche Bundeswehrangehörige nach Afghanistan tragen wollten, haben scheinbar nicht verfangen.

Diese demütige Einsicht muss uns dazu bringen, die prinzipielle Frage nach der Sinnhaftigkeit von Auslandseinsätzen zu stellen. Immerhin scheint man sich angesichts des Ergebnisses jahrzehntelanger Mission zwar gewahr zu werden, dass man zwar aus Bündniszwang und dem Willen, „die Sicherheit Deutschlands am Hindukusch zu verteidigen“, überhastet in den Notfalleinsatz gestartet ist. Die späteren Visionen von einer Demokratisierung hätte man ehrlicherweise aber schon bald auf ihre Umsetzbarkeit überprüfen müssen und hätte sie daraufhin schon recht bald als Utopie erkennen können.

Ein planloses und zielfreies Einschreiten, Soldaten ohne eindeutige Aufgabe loszuschicken und im Zweifelsfall zu riskieren, dass die Bundeswehr in mehrfacher Hinsicht Rückschläge erleidet, das darf nicht noch einmal passieren. Denn das Risiko war selbst dem Laien bewusst, die menschlichen Verluste waren vermeidbar. Es brauchte keinen Krieg, das deutsche Manöver hatte gar einen märtyrerischen Charakter.

Denn ein Großer Zapfenstreich mag einen sichtbaren Abschluss unter den Afghanistan-Einsatz ziehen. Die Aufarbeitung beginnt allerdings erst jetzt. Und zieht man eine transparente Konklusion, so täte die neue Bundesregierung gut daran, ein eindeutiges Zeichen des Pazifismus zu setzen.

Dazu zählt unter anderem die Hinterfragung der deutschen NATO-Mitgliedschaft und der Rückzug aller Truppen aus denjenigen Missionen, die keine eindeutige Friedensabsicht besitzen. Nicht nur beim Klima, den Finanzen oder im Wohnen braucht es einen Neustart. Auch die Außen- und Verteidigungspolitik müssen auf null gesetzt werden. Das christ- und sozialdemokratische Abnicken zum Militarismus muss durch Diplomatie ersetzt werden. Deutschland muss Neutralität ausrufen!

Wenn der Staat zum Verbrecher wird...

Zum Welttag gegen die Todesstrafe:

Viele Opfer von Gewalttaten haben oftmals nur eine einzige Forderung: Genugtuung. Dass sich hinter dieser zunächst verständlichen Emotion nicht selten der Wunsch nach Rache versteckt, machen nicht nur Parolen an Stammtischen deutlich. Populistische und polemische Rufe nach Gerechtigkeit im biblischen Sinn: „Auge um Auge“ – solch ein Verständnis von Bestrafung ist mit einem aufgeklärten Rechtssystem nicht mehr vereinbar. Wenngleich es jeder menschlich nachvollziehen mag, dass Geschädigte ihren Peinigern nicht selten den Tod an den Hals wünschen mögen, bleibt das bestialische und grausame Verurteilen zum Ableben durch Giftspritze, Erschießung oder den Henker ein Relikt des Mittelalters, als die Sozialisation des Menschen noch nicht derart fortgeschritten war, dass Reue, Sühne und Buße in den Wortschatz der Gesellschaft Eingang gefunden hatten.

Man entledigte sich derjenigen, die schlimmste Taten begangen hatten – sparte damit Geld und Personal. Letztendlich schien man auch weite Teile der Bürger dabei hinter sich zu haben, denn von einer unantastbaren Würde, die jedem Menschen zuteilwird, wusste man damals noch nichts.

Und auch heute haben viele Länder dieser Erde weiterhin nicht begriffen und verinnerlicht, dass es einem demokratischen Justizwesen wohl keinesfalls gut zu Gesicht steht, wenn sich der Staat nicht nur moralisch auf die Ebene von Tätern stellt.

„Aus den Augen, aus dem Sinn“ – so vermag mancher Politiker extremistischer Parteien denken, die nichts davon halten, eine zweite Chance zu geben und wiedereingliedern zu wollen. Da sind Straftäter stigmatisiert und gebrandmarkt, werden weggesperrt und liegen dem Steuerzahler allzeit auf der Tasche. Zweifelsohne mag man sich fragen, ob der Tod einem solchen Dahinvegetieren nicht sogar vorzuziehen wäre.

Dennoch rechtfertigt im 21. Jahrhundert nichts länger die Todesstrafe, weil sie letztlich ein Ausdruck von Dummheit und Einfältigkeit ist.

Denn es mag leicht sein, aus einem Miteinander jene zu sieben, die aus Sicht der Proleten und aus der Engstirnigkeit von Hetzern heraus nichts anderes verdient haben, als für ihre Taten mit dem Ende des irdischen Daseins bezahlen zu müssen. Machtausübung und Härte – der Staat soll zeigen, dass auch er in der Lage ist, über Menschenleben bestimmen zu können. Allerdings ist genau das nicht seine Aufgabe. Denn er ist als rechtsstaatliche Institution und Behüterin der Verfassung schon deshalb nicht dazu ermächtigt, seinen Bürgern nach der Existenz zu trachten, weil er als letzte Instanz für diese Vergeltung nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Außerdem besitzt er aus ethischer Perspektive die Verpflichtung dazu, friedentiftend zu wirken und dabei allseits bewahrend vorzugehen.

Denn wir wissen darum, dass die Todesstrafe höchstens kurz befriedigt, ehe die Skrupel aufkommen, ein weiteres Leben unnützerweise genommen zu haben. Schließlich zerstört sie nur ein zusätzliches Dasein, die Abgeltung verschwindet nach wenigen Augenblicken wieder – weil nun keine Chance mehr besteht, ein Verbrechen unter Nutzung aller Synergien dialogisch aufzuarbeiten.

Die Todesstrafe verhindert jegliche Buße und verabsolutiert den Staat zum Souverän. Diese Umdrehung des demokratischen Verständnisses der Gegenwart befähigt weltliche zur unirdischen Gerichtsbarkeit.

Das ist eine Anmaßung und lässt jede Zivilisation tief sinken, weil sie somit ihren humanistisch erworbenen Normen selbst nicht mehr standhalten kann. Mit dem Sterben eines Sträflings wird kein Opfer je wieder lebendig. Allein als Gegenschlag Verurteilte zu opfern, ist sinnfrei und erfolglos.

Denn ein denkbares Ziel, das unter der Schrecklichkeit einer Tat allenfalls noch zur Lösung angestrebt werden kann, ist Versöhnung. Sie hätte einen Mehrwert und könnte Ruhe zurückbringen. Die Todesstrafe dagegen hinterlässt unnötige Wunden, Fragen, Endlosigkeit und Schuld.

Der Sozialismus ist konservativer,
als man denkt...

Zu Abtreibungsverboten und Diversität:

Ob Schwangerschaftsabbruch, „Ehe für alle“ oder Frauen in Führungspositionen – zu all diesen gesellschaftspolitischen Fragen hat die Linke in Deutschland eine eindeutige Haltung: Je liberaler, umso schöner! Doch was im 21. Jahrhundert in Westeuropa sozialistisch ist, war es über Jahrhunderte eben nicht – und bleibt auch in manch kommunistischen Regionen der Welt von heute undenkbar. Man muss gar nicht weit zurückblicken, da erkennt man recht bald, dass beispielsweise in der DDR mit diesen Fragen völlig anders umgegangen wurde, als es linke Politik im Deutschland der Gegenwart als selbstverständlich propagiert. Realsozialismus ist in Wahrheit sehr viel konservativer als man denkt. Denn tatsächlich zielt er in seinen Ursprüngen auf den bewahrenden Charakter der Familie ab, unter anderem auch deshalb, um den Fortbestand der Arbeiterklasse zu sichern.

Die heute von der Mehrheit der hierzulande tätigen Linkspolitiker berufen sich auf einen Sozialismus, welcher sich in seiner jetzigen Programmatik erst mithilfe der Emanzipation durchsetzen konnte. Das absolute Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper, die rechtliche Gleichstellung aller Lebenspartnerschaften und die Loslösung der Hausdame vom heimischen Herd – all diese Errungenschaften sind hehre, aber eben nicht absolutistische Werte.

Ja, es mag sein, dass links denkende Menschen wie ich, die sich nicht dem aktuellen Mainstream-Marxismus einer aus meiner Sicht falsch verstandenen Freiheit unterwerfen wollen, rückwärtsgewandt und in der Vergangenheit stehengeblieben sind. Allerdings gehört es auch zu einem demokratisch verstandenen Sozialismus dazu, die Meinungsfreiheit als elementares Gut eines Verfassungsstaates hochzuhalten. Insofern gebietet es allein dieser Grundsatz, auch einem scheinbar antiquierten Sozialismus Respekt einzuräumen.

Neuaufgabe

© 2021 Dennis Riehle